



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Kolumbien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Januar 2010
Zusammengestellt von: Jan Grebe

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
2.3	Militärausgaben Kolumbien.....	8
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	9
2.5	Streitkräftestruktur	10
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	11
2.7	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft.....	13
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	15
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien.....	15
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	15
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	19
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	21
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	22
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft.....	23
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	24
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	25

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Kolumbien

Kolumbien ist ein wichtiges Land in der Region im Norden von Südamerika, da es einerseits zur regionalen Anspannung durch den internen Konflikt beiträgt, andererseits wichtigster Verbündeter in der Region für die USA ist. Das Land empfängt deutsche Rüstungsexporte besonders im Bereich der U-Boot Technik.

Kolumbien empfängt neben den USA insbesondere von Brasilien und Spanien, große Waffensysteme und Kriegsgerät. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 Super Tucano (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant sind die USA. Anfang 2007 verkündete Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein umfangreiches Waffenbeschaffungsprogramm umfasste.

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen Gali Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren.

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt, bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen, die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde.

Der Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu.

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 Super Tucano, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen 12 Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber. Deutlich wird die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen.

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in die politische Gewalt und Menschenrechtsverbrechen im Land involviert.

Das Militär ist für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in der Möglichkeit, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt.

Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politischen Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftern weltweit.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch hat jeweils ein General des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front) bekleidet. Es wird deutlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und die Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Bei der Einhaltung der EU-Kriterien zeigt sich das unstetige Bild Kolumbiens. Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen.

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation in dem Land weiterhin schlecht. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen.

Problematisch ist der Umgang der Regierung mit politischen Gefangenen von denen es derzeit über 7000 in Kolumbien gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Es gibt zahlreiche Berichte wonach Folter gegen Gefangene eingesetzt wird, auch wenn diese Berichte schwer zu verifizieren sind. Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen dauert weiter an, da Uribe die Anwendung der Genfer Konventionen verhindert. Obwohl durch Urbes Vorgehen und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden, die Zahl der Morde und Entführungen rückläufig ist und der Tourismus im Land stetig steigt, steht seine Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind.

Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. 5 Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Dabei findet sich die indigene Bevölkerung häufig in den Zwängen der multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Bevölkerung ist. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hat im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt.

Im Jahr 2002 erklärte der Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC als offiziell gescheitert. Damit begann eine groß angelegte Militäroffensive und damit die Rückkehr zu einer militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken.

Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess der tausende Paramilitärs erreichte und Urbes Popularität weiter festigen konnte.

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf im Zuge dessen sich besondere Rüstungskooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt.

Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengung Venezuelas Waffen russischer Lizenz zu produzieren, da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Diese Sorge ist vor dem Hintergrund zahlreicher Waffenfunde venezuelanischer Waffen in den letzten Jahren durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und der Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskooperation, doch haben die strategischen Rüstungskooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen Risiken.

Der Militärschlag der kolumbianischen Armee auf ecuadorianischem Territorium hat auch zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, nachhaltig verschlechtern.

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Das Land und insbesondere die Gesellschaft sind jedoch seit langem vom Terrorismus geprägt. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2007

Jahr	Güter/in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote:	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2007, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien, 1999-2007

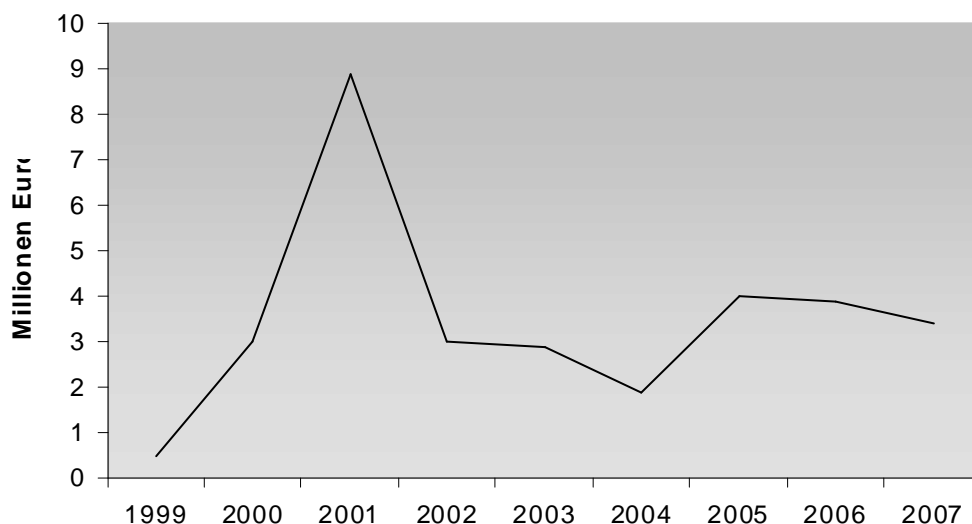


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien, 1990-2008

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahr	Bisher geliefert	Kommentar
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1997	1997	1	
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1998	1998	1	
1	BK-117/EC-145	Hubschrauber	2003	2003	1	
1	Fassmer-1850	Patrouillenboot (off-shore)	2008			

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Kolumbien 2004-2008, Mio. USD

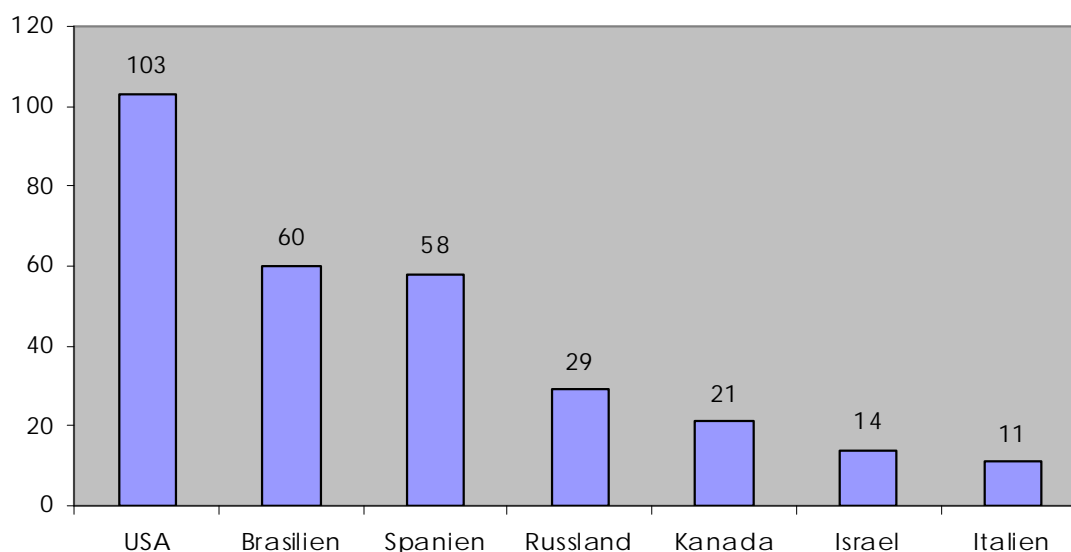
Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Summe	18	15	18	113	131	296

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien 2004-2008, Mio. USD

Da Deutschland in dem Zeitraum keine Großwaffensysteme an Kolumbien geliefert hat, werden Rüstungsexporte bei SIPRI nicht aufgeführt.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Kolumbien 2004-2008, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar zu Waffenkäufen:

Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien beschränken sich weitestgehend auf Ersatzteile für U-Boote (der klassischen Stärke deutscher Rüstungstechnologie), insbesondere auf Ersatzteile für die zwei deutschen U-Boote des Typs Ge T-209/1200.

Neben den USA, die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen, sind es insbesondere Brasilien und Spanien, die in den vergangenen Jahren große Waffensysteme und Kriegsgerät nach Kolumbien geliefert haben. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 Super Tucano (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant sind die USA, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Helikopter an die kolumbianische Regierung geliefert haben. Diese sollen besonders der Bekämpfung der Aufständischen und des Drogenanbaus und -schmuggels dienen. Zuletzt wurde ein großer Vertrag über die Lieferung von 15 S-70/UH-60L Blackhawk Hubschraubern im Wert von 225 Mio. USD abgeschlossen. Unbestätigten Angaben zufolge sind bereits 8 Hubschrauber ausgeliefert.

Anfang 2007 verkündete Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein umfangreiches Waffenbeschaffungsprogramm umfasste. Der Plan mit einem Volumen von fast 4 Milliarden US-Dollar, der über eine Sondersteuer finanziert wird und eingebettet in die Demokratische Sicherheitsstrategie des Landes ist, sieht insbesondere die Beschaffung von Transport- und Kampfhubschraubern vor.

Im Dezember 2009 wurde eine Einigung zwischen dem kolumbianischen Militär und einem ausländischen Rüstungsunternehmen über die Lieferung von 39 M1117 ICV gepanzerten Mannschaftstransportern in einem Umfang zwischen 20-45 Millionen US-Dollar erzielt.

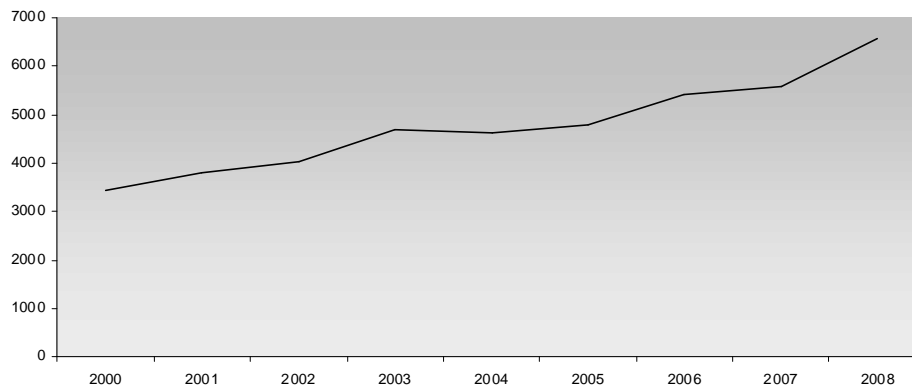
2.3 Militärausgaben Kolumbien

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

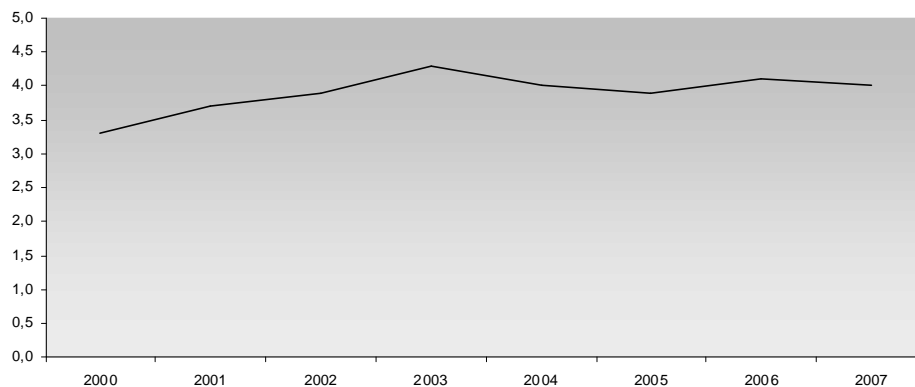
	2004	2005	2006	2007	2008
Militärausgaben	4621	4782	5422	5579	6568
Anteil am BIP (in Prozent)	3,9	3,3	3,4	2,8	3,0
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	18,9	11,9	12,1	12,3	-

Alle Angaben in constant Mio. US\$ (2005). Die Angaben „Anteil am BIP“ für das Jahr 2008 basiert auf Schätzungen. Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009, Internationaler Währungsfond, World Development Indicators

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2000 – 2008 in Mio. USD

Angaben in konstanten Preisen 2000-2008
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2000 – 2007 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis heute andauernde Rüstungskooperation mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen Gali Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen befindet sich heute unter den Top 100 Unternehmen in dem Land und hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen Gali Gewehr und

Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. Darüber hinaus, auch für den zivilen Gebrauch, produziert das Unternehmen zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Während jedoch im Klein- und Leichtwaffenbereich die kolumbianische Rüstungsindustrie weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf den Import angewiesen.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Gesamtstärke der Streitkräfte:

267 231 aktiv, davon: (+ 61 900 Reserve)

- Heer 226 352
- Marine 30 729
- Luftwaffe 10 150

Paramilitärische Einheiten: 144 097

- National Police Force
- Rural Militia

Quelle: IISS Military Balance 2009

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2000-2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	248	262	262	321	336	336	336	337	398
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	6,2	6,4	6,3	7,7	7,9	7,8	7,7	7,7	8,9

Quellen:
IISS Military Balance, 2000-2009
Weltbank, UN-Statistics

Kommentar:

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den

materiellen Zuwendungen seitens der USA, ist ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldaten im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	137	u.a. 6 M-8 (Aufstandsbekämpfung)
Gepanzerte Mannschaftstransporter	194	
Artillerie	584	
Panzerabwehr	Mehr als 86	Verschiede Raketen und Boden-Luft Geschosse; Abschussvorrichtungen
Flugzeuge	18	Transport-, Trainings- und Mehrzweckflugzeuge; 2 Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung
Hubschrauber	119	18 Transport- und 101 Mehrzweckhubschrauber
Luftabwehr	Mehr als 42	

Kommentar:

Das Heer hat in besonderem Maße vom Plan Colombia und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist auch das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschütz, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der Plan Colombia massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung der 60 Hubschrauber. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte insbesondere in Waldgebieten erhöhen soll. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials wie beispielsweise Artilleriegeschütze. Hinzu kommen die kürzlich gekauften acht Blackhawk Kampfhubschrauber. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die Streitkräfte ebenfalls 20 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um die völlig veralteten Geschütze auszutauschen. Derzeit befindet sich Kolumbien in Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf von 40 gebrauchten Leclerc Kampfpanzern. Dies kann auch als Reaktion auf die jüngsten Anschaffungen der russischen T-90 Kampfpanzer in Venezuela gesehen werden. Im Laufe des Jahrs 2010 sollen 20 französische LG1 Mk-III 105mm Haubitzen geliefert werden.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	2 Patrouillen U-Boote mit Anti-U-Boot Kampfausstattung; 2 Diesel U-Boote; 1 U-Boot für die Spezialkräfte der Marine
Fregatten	4	
Patrouillenboote	84	
Amphibienfahrzeuge	8	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	6	

Marineflieger:

- 3 Küstenpatrouillenflugzeuge
- 7 Transportflugzeuge
- 3 Mehrzweckflugzeuge
- 2 Anti-U-Boot Hubschrauber
- 9 Mehrzweckhubschrauber

Marineinfanterie:

- 8 gepanzerte Mannschaftstransporter (12 Stück bestellt)
- 97 Artilleriegeschütze

Kommentar:

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die U-Boote neue Motoren erhalten. Dazu wurde Ende 2008 ein Vertrag mit der deutschen HDW geschlossen, der die Modernisierung und Wartung der U-Boote vorsieht. Die Fregatten der Marine sind jedoch weit über 20 Jahre alt und befinden sich in einem schlechten Zustand.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	22	Von 11 französischen Mirage sind nur ca. 6 einsatzbereit; 13 Kfir C-7 sind bestellt
Aufklärer	11	
Küstenpatrouille	9	
Transportflugzeuge	28	
Ausbildungsflugzeuge	32 + 72	32 Kampffgeeignet
Kampfhubschrauber	26	
Transporthubschrauber	37	8 UH-60L bestellt
Mehrzweckhubschrauber	34	
Ausbildungshubschrauber	16	
Raketen	k.A.	u.a. Python III, R530

Kommentar:

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 Super Tucano, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen 12 Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls bis zu 13 neue Flugzeuge zu liefern. Im Jahr 2009 bestätigte die Luftwaffe, vier C-295 Transportflugzeuge beim spanischen EADS-CASA Hersteller bestellt zu haben.

Anhand der Ausrüstung wird die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen deutlich.

Paramilitärische Einheiten:

136 097 National Police Force (+ 8 000 ländliche Miliz)

- Ca. 18 Flugzeuge; verschiedene Typen
- 67 Mehrzweckhubschrauber

Kommentar:

Der nationalen Polizeieinheit, die eine militärische Einheit ist und direkt dem Verteidigungsministerium untersteht, kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Deshalb ist sie insbesondere mit Hubschraubern ausgestattet, um die notwendige Mobilität zu garantieren.

Peacekeeping:

- Ägypten (MFO): 357

Quelle: IISS Military Balance 2009

2.7 Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in die politische Gewalt im Land involviert. Dem Militär wird häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und insbesondere deren Unterstützer eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen aufgrund der Annahme sie unterstützten die Guerillabewegung. Dennoch genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen der Bevölkerung. Dass die Bevölkerung das Militär auf einer Vertrauenskala auf Platz Zwei hinter der Kirche setze, hängt mit den damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen.

Das Militär ist für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in der Möglichkeit, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politische Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftlern weltweit.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch hat jeweils ein General des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front) bekleidet. Entgegen anderen Ministern kann der Verteidigungsminister nur auf explizite Anordnung des Präsidenten sein Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinettsumbildung gebunden. Entgegen dieser Stellung ist der militärische Einfluss auf die Politik durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass im kolumbianischen Militär häufig hochrangige Militärs nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden, was so zu einer Unterordnung des Militärs unter die zivile Aufsicht führt. Die starke zivile Aufsicht und das Interesse der Präsidenten an der zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung der

politischen Macht, wurde 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben.

Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und der Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten	http://untreaty.un.org

Kommentar:

Interessanterweise ist Kolumbien einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation in dem Land weiterhin schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten der Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen. Politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen finden regelmäßig statt.

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Kolumbien, 2008 (2009)

Although problems remained, the government's respect for human rights continued to improve, which was particularly evidenced by progress in implementing the Justice and Peace Law (JPL). The following societal problems and governmental human rights abuses were reported during the year: unlawful and extrajudicial killings; forced disappearances; insubordinate military collaboration with new illegal groups and paramilitaries who refused to demobilize; torture and mistreatment of detainees; overcrowded and insecure prisons; arbitrary arrest; a high number of pretrial detainees, some of whom were held with convicted prisoners; impunity; an inefficient judiciary subject to intimidation; harassment and intimidation of journalists; unhygienic conditions at settlements for displaced persons, with limited access to health care, education, or employment; corruption; harassment of human rights groups; violence against women, including rape; child abuse and child prostitution; trafficking in women and children for the purpose of sexual exploitation; societal discrimination against women, indigenous persons, and minorities; and illegal child labor.

The FARC and ELN committed the following human rights abuses: political killings; killings of off-duty members of the public security forces and local officials; kidnappings and forced disappearances; massive forced displacements; subornation and intimidation of judges, prosecutors, and witnesses; infringement on citizens' privacy rights; restrictions on freedom of movement; widespread recruitment of child soldiers; attacks against human rights activists; and harassment, intimidation, and killings of teachers and trade unionists.

New illegal groups also committed numerous human rights abuses. The last United Self Defense Forces of Colombia (AUC) block demobilized in 2006, but AUC members who refused to demobilize, AUC members who demobilized but later abandoned the peace process, and other new illegal groups remained targets of security force action. (The new illegal groups consisted of demobilized paramilitaries who returned to violence, individual paramilitaries who never demobilized, common criminals, and narcotics traffickers primarily involved in criminal activity. These new groups lacked the organization, reach, and military capacity of the former AUC and focused primarily on narcotics trafficking and extortion rather than fighting the FARC or ELN. In these circumstances, it was often difficult to determine responsibility for abuses committed.)

The AUC demobilization led to a reduction in killings and other human rights abuses, but paramilitaries who refused to demobilize and new illegal groups continued to commit numerous unlawful acts and related abuses, including: political killings and kidnappings; physical violence; forced displacement; subornation and intimidation of judges, prosecutors, and witnesses; infringement on citizens' privacy rights; restrictions on freedom of movement; recruitment and use of child soldiers; and harassment, intimidation, and killings of human

rights workers, journalists, teachers, and trade unionists.

Government statistics indicated that during the year killings decreased 6.2 percent and kidnappings decreased 14.3 percent compared with the same period in 2007. Through December the JPL process helped clarify over 20,000 crimes and led to the exhumation of 1,788 remains in 1,441 common graves, while the Supreme Court and prosecutor general's investigations of links between politicians and paramilitary groups implicated 70 representatives, 15 governors, and 31 mayors, many of whom were in jail at year's end.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/wha/119153.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2009

Mehrere Hunderttausend Menschen waren weiterhin von dem anhaltenden bewaffneten Konflikt betroffen. Opfer des Konflikts war vor allem die Zivilbevölkerung. Angehörige indigener Gemeinschaften, Kolumbianer afrikanischer Herkunft und Kleinbauern waren besonders gefährdet; viele dieser Menschen lebten in Gebieten, die für die Konfliktparteien von ökonomischem und strategischem Interesse waren. Alle Konfliktparteien - die Sicherheitskräfte, paramilitärische und Guerillagruppen - waren verantwortlich für weit verbreitete und systematische Menschenrechtsverstöße sowie Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Während einige Anzeichen dafür sprachen, dass die durch den bewaffneten Konflikt verursachte Gewalt, wie Entführungen und Geiselnahmen, abgenommen hat, sprachen andere dagegen. Es kam zu einem Anstieg der Binnenvertreibungen sowie der Drohungen gegen Menschenrechtsverteidiger und Tötungen von Gewerkschaftern. Die Zahl der von den Sicherheitskräften ermordeten Zivilpersonen war immer noch sehr hoch.

Paramilitärische Gruppen waren weiterhin aktiv, obwohl die Regierung das Gegenteil behauptete. Die Tötung etlicher Jugendlicher durch die Armee führte zu Entlassungen ranghoher Militärangehöriger und erzwang den Rücktritt des Armeechefs, General Mario Montoya. Etliche der im besonderen Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Geiseln wurden nach Jahren der Gefangennahme durch die Revolutionären Streitkräfte von Kolumbien (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - FARC) freigelassen, aber Hunderte von Menschen blieben weiterhin Gefangene der FARC und der Nationalen Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional - ELN). Den FARC wurden 2008 erneut in Stadtgebieten verübte Bombenanschläge zugeschrieben.

Ein gewisser Fortschritt war bei den gerichtlichen Untersuchungen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen festzustellen, obwohl Straflosigkeit ein unverändert ernsthaftes Problem darstellte. Die Auslieferung führender Paramilitärs an die USA, gegen die Anklagen wegen Drogenhandels erhoben worden waren, untergrub die Untersuchungen von Menschenrechtsverstößen in Kolumbien

Quelle: Jahresbericht Amnesty International 2009, <http://www.amnesty.de/laenderbericht/kolumbien>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2009)

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 4
- Politische Rechte: 3
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2009):

The constitution guarantees freedom of expression, and opposition viewpoints are commonly expressed. However, crime and conflict make it difficult for journalists to conduct their work. Dozens of journalists have been murdered since the mid-1990s, many for reporting on drug trafficking and corruption; most of the cases remain unsolved. Although none were killed in connection with their work in 2008, aggression and threats against reporters continued, and self-censorship remained common. The Uribe administration has repeatedly questioned the patriotism of journalists and accused them of antigovernment bias or links to guerrillas. Slander and defamation remain criminalized, and the incidence of these charges rose in 2008. The government does not limit or block access to the internet or censor websites.

Constitutional rights regarding freedoms of assembly and association are restricted in practice by violence. In 2008, soldiers were captured on video firing at indigenous protesters who eventually marched from southern Colombia to Bogota to voice their grievances. Although the government provides extensive protection to hundreds of threatened human rights workers, numerous activists have been murdered by the military or rightist paramilitary forces. Uribe has called rights workers "spokespeople for terrorism" and cowards. These remarks and the sometimes baseless legal cases brought against human rights defenders are sometimes interpreted as a green light to physically attack them. From 2006 to 2008, at least 20 victims' rights and land activists were killed; advocates for the displaced face special risk as former paramilitaries seek to smother criticism of their ill-gotten assets.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2009&country=7587>

Kommentar:

Die Menschenrechtslage in Kolumbien ist weiterhin katastrophal. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der seit 40 Jahren andauernde Bürgerkrieg, in dem zahlreiche unterschiedliche Konfliktparteien involviert sind, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Der andauernde Konflikt hat seit 1960 mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert und er macht das Land zusammen mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo zu einem Land mit den meisten Binnenflüchtlingen weltweit. Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit politischen Gefangen von denen es derzeit über 7000 in Kolumbien gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Es gibt zahlreiche Berichte wonach Folter gegen Gefangene eingesetzt wird, auch wenn diese Berichte schwer zu verifizieren sind. Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen dauert weiter an, da Uribe die Anwendung der Genfer Konventionen verhindert. Im Laufe der letzten Jahre hat die Regierung von Uribe zwar entscheidende Fortschritte im Bezug auf die Sicherheit und die Zerstörung der Guerillagruppen gemacht, doch geht dies häufig zu Lasten der Menschenrechte und der Einhaltung des internationalen humanitären Völkerrechts. Problematisch ist die stetige Finanzierung der Gruppen durch den Drogenschmuggel. Zentrale Herausforderung der Regierung wird es sein, einen Weg zu finden, um führende Militärangehörige für außergerichtliche Tötungen verantwortlich zu machen. Obwohl durch Uribes Vorgehen und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden, die Zahl der Morde und Entführungen rückläufig ist und der Tourismus im Land stetig steigt, steht seine Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind.

Die kolumbianische Regierung steht heute vor der Herausforderung die Menschenrechtsverletzungen in Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die demokratische Sicherheitspolitik der Regierung Uribe weist

weiterhin eine miserable Menschenrechtspraxis auf, die durch außergerichtliche Tötung, Verfolgung von Oppositionellen und Gewerkschaftlern und illegale Überwachung gekennzeichnet ist. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung derzeit vor eine große Herausforderung.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2009):

Kolumbien ist eine Präsidialdemokratie. Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er wird direkt gewählt; seine Amtszeit beträgt vier Jahre; er ernennt und entlässt das Kabinett. Die beiden Kammern des Kongresses werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt. Die Mitglieder des Senats werden über landesweite Listen gewählt, wobei zwei der 102 Mandate für Vertreter der indigenen Minderheit reserviert sind. Das Repräsentantenhaus besteht aus Vertretern der Departamentos genannten Provinzen; in den einzelnen Departements findet ebenfalls Listenwahl statt.

Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen waren 2006. Die nächste Parlamentswahl findet am 14. März 2010 statt, die Präsidentschaftswahl am 30. Mai 2010. Innenpolitisch beherrschendes Thema ist die Frage, ob Präsident Uribe nach 2006 ein drittes Mal kandidieren kann und wird. Hierfür müsste die Verfassung geändert werden. Zu diesem Zweck soll eine Volksbefragung abgehalten werden. Das entsprechende Gesetz liegt zur Zeit dem Verfassungsgericht zur Prüfung vor.

Die Partei der Nationalen Einheit (Partido Social de la Unidad Nacional – Partido de la „U“) ist die stärkste Partei im Senat, die Konservative Partei im Repräsentantenhaus. Gemeinsam mit Cambio Radical, einigen kleineren Parteien und unabhängigen Abgeordneten bilden sie die Regierungskoalition. Die Justiz ist unabhängig.

Innenpolitische Hauptaufgaben der Regierung sind die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber Guerilla und kriminellen Organisationen, die Reintegration demobilisierter Paramilitärs, die Entschädigung der Opfer des Konflikts, politische Reformen, die Bekämpfung der Drogenökonomie, Armutsbekämpfung sowie die Förderung der Wirtschaft.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kolumbien/Innenpolitik.html>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2009):

Im Jahresbericht 2009 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Kolumbien auf Platz 75 (2008: Platz 70), zusammen mit Brasilien, Peru und Suriname. Deutschland liegt auf Platz 14.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table

Spannungen und interne Konflikte:

Kolumbien befindet sich seit mehr als 40 Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg, mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“, Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen auftauchten. Seit langer Zeit steht auf der einen Seite die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das Militär kämpfen. Der gegenüber stehen die rechtsgerichteten Paramilitärs, angeführt von dem 1997 entstandenen

Dachverband aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Ziel der AUC ist der Sieg gegen die linken Guerillagruppen, um mit dem militärischen Sieg das Machtvakuum in Kolumbien zu füllen. Allen Parteien des Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen im Verlaufe des Konflikts vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. 5 Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Dabei findet sich die indigene Bevölkerung häufig in den Zwängen der multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Bevölkerung ist. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hat im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanziert sich die Gruppe aus dem Drogenhandel, ist verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzt auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktdynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. Als Folge dessen gründete sich 1964 die FARC. Indem die FARC in den 1980er und 1990er Jahren zum eigentlichen Volksheer aufstieg, konnte die Gruppe der kolumbianischen Armee in den 1990er Jahren schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte der Präsident die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begann eine groß angelegte Militäroffensive und damit die Rückkehr zu einer militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken. Einerseits ist dies der demokratischen Sicherheitspolitik der Uribe Regierung zuzuschreiben, andererseits hat insbesondere der „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe vorsieht, die militärische Lösung des Konflikts unterstützt. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die geostrategische Lage des Landes für die USA haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Hinzu kommt, dass der globale Kampf gegen den Terrorismus zu einer Militarisierung der Beziehungen beider Länder geführt hat. Kritiker werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden sind.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess der tausende Paramilitärs erreichte und Urbes Popularität weiter festigen konnte. Problematisch in diesem Prozess ist die nur oberflächliche Demobilisierung. Kritiker wenden ein, dass die mafiaähnlichen Strukturen und Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt der politische Einfluss der Paramilitärs, der 2006 bei den Parlamentswahlen zum Erfolg dreier der AUC nahe stehenden Parteien führte. Im selben Jahr kam es ebenfalls zur Enthüllung durch kolumbianische Medien, dass der Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitet. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Der Konflikt ist weiterhin gewalttätig und wird insbesondere seitens des Staates mit zunehmender militärischer Stärke geführt. Die Rolle der USA hat sich in den vergangenen

Jahren zusehends verstärkt und für Kolumbien ist die Militärhilfe im Rahmen des „Plan Colombia“ weiterhin sehr wichtig.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategische Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region:

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf im Zuge dessen sich besondere Rüstungsk Kooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe Vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Verstärkte Kooperation ist jedoch notwendig, weil die Region weiterhin vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen steht: Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen ist es zu verstärkter sicherheitspolitischer und militärischer Kooperation gekommen. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Region erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vielen Ländern. Im Rahmen dieser sollen die Streitkräfte auf die neuen Bedrohungen vorbereiten werden und in vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher.

Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren, da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Diese Sorge ist vor dem Hintergrund zahlreicher Waffenfunde venezuelanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungsk Kooperation, doch haben die strategischen Rüstungsk Kooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen ein Risiko.

Grenzprobleme:

In der jüngsten Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC Rebellen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC schaffen. Der Militärschlag wurde von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3000 Truppen in die Grenzregion.

Der Militärschlag hat auch zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, nachhaltig verschlechtern. Immer wieder gibt es Anschuldigungen seitens der kolumbianischen Regierung, dass Venezuela aktiv die FARC mit Waffen unterstützt. Bereits 2001 gab es zahlreiche Berichte wonach einzelne Angehörige des Militärs FARC Rebellen aktiv mit Waffen und Munition unterstützt haben. Zuletzt kam es im Sommer 2009 zu Spannungen zwischen den beiden Staaten als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurden öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC Rebellen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtet mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russland. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren.

Regionale Rüstungskontrolle:

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besonders Anstrengungen zur Etablierung regionaler vertrauensbildender Maßnahmen. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zu Import und Export konventioneller Waffen.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der engen Kooperation sind 66 Soldaten des Heeres, 4 Soldaten der Marine, 10 Soldaten der Luftwaffe sowie 23 Mann der Marineinfanterie in Kolumbien stationiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Kolumbien 56 Prozent im Jahre 2008, und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren um einige Prozentpunkte gesunken. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten weist Kolumbien damit die niedrigste Rate an Technologiepiraterie der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2008 auf geschätzte 136 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2008

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1991	Nicht Beigetreten	http://www.icao.int/icao/en/leb/MEX.pdf
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1997	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Zwar ist Kolumbien zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten, doch ist das Land und insbesondere die Gesellschaft seit langem vom Terrorismus geprägt. Dabei ist es nicht der islamistische Terrorismus, der das Land aus US-amerikanischer Perspektive interessant macht, sondern der von verschiedenen Gruppierungen im Land selber ausgehende Terrorismus. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind. Der Terrorismus führt dabei immer wieder zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen, die von beiden Seiten begangen werden.

Ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel in der Region führte dazu, dass alle drei Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden. Obwohl alle Gruppen um nationale politische Prozesse besorgt sind und keine globale Agenda besitzen, wie etwa der islamistische Terrorismus eine hat, , nehmen sie bei den Themenfeldern der US-Außenpolitik eine wichtige Rolle ein.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zu den Rechten von Kindern von 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Beigetreten	http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.4 UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 2007 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Ebenso hat Kolumbien erst in den letzten zwei Jahren Daten zu Militärausgaben an die Vereinten Nationen weitergegeben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

In einem Fall im Jahr 2003 wurden zwei ehemalige kolumbianische Offiziere angeklagt mehr als 7000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebellengruppen geliefert zu haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat.

Problematisch ist die Sicherheitslage in Venezuela, wo regelmäßig Waffen aus Lagern der Armee entwendet werden, die dann wiederum über den Schwarzmarkt nach Kolumbien gelangen und so zu einer Verschärfung des Konflikts beitragen.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (2009):

Die kolumbianische Wirtschaft basiert auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Wirtschaftsverfassung und Gesetzgebung enthalten zahlreiche soziale Korrekturen. Alle Regierungen haben seit der 1991 vom damaligen Staatspräsidenten Gaviria durchgesetzten, breit angelegten Liberalisierung an der Öffnung der Märkte festgehalten und protektionistischen Tendenzen eine Absage erteilt. Das Bruttoinlandsprodukt Kolumbiens betrug 2008 241 Mrd. USD.

Kolumbiens Wirtschaft wuchs zwischen 2004 und 2007 durchschnittlich um 6,2%, 2007 sogar um 7,5%. Motoren der Wirtschaft waren die Inlandsnachfrage und die hohen ausländischen Direktinvestitionen (knapp 10 Mrd. USD in 2007). Über mehrere Jahre hinweg belebten überdies steigende Rohstoffpreise das Wachstum. Starke Zuwächse verzeichneten die Industrieproduktion, der Bausektor, Transport und Telekommunikation, Handel und Tourismus.

Inzwischen hat die internationale Finanzkrise aber auch Kolumbien erreicht. 2008 ist die kolumbianische Wirtschaft nur noch um 2,5% gewachsen, in den letzten drei Monaten ist die Wirtschaftsleistung sogar um 0,7% zurückgegangen. Der kolumbianische Finanzsektor ist zwar nicht betroffen; im Gegenteil, er verzeichnet nach wie vor hohe Gewinne. Gelitten haben v.a. die Industrieproduktion und der Einzelhandel. Hauptgründe für diese Entwicklung sind der Rückgang der Exporteinnahmen, der ausländischen Direktinvestitionen und der Überweisungen im Ausland arbeitender Kolumbianer (drittgrößte Devisenquelle; 2007 ca. 4,5 Mrd. USD). Darunter leidet inzwischen auch die Inlandsnachfrage. Die aktuellen Zahlen deuten allerdings darauf hin, dass das Schlimmste überstanden ist. Für das letzte Trimester wird wieder ein leichtes positives Wachstum erwartet, für das gesamte Jahr 2009 ein Wert um oder leicht über 0%. Damit steht Kolumbien auch im regionalen Vergleich relativ gut da.

Selbst wenn sich diese Prognose bewahrheiten sollte, sind für ein Schwellenland mit großen sozialen Verwerfungen deutlich höhere Wachstumszahlen notwendig, um eine nachhaltige soziale Entwicklung zu gewährleisten. Infolge der aktuellen Konjunkturabkühlung steigt nicht nur die Arbeitslosigkeit (Ende 2007 noch knapp 10%, aktuell bereits 12,5%), auch die ohnehin sehr hohe Unterbeschäftigung (2007 ca. 35%) nimmt voraussichtlich wieder zu. Das Defizit des Gesamthaushaltes betrug 2007 0,8% des BIP, dürfte 2008 aber als Folge der Konjunkturabkühlung wieder gestiegen sein (offizielle Zahlen noch nicht verfügbar). Die Nettoverschuldung des öffentlichen Sektors betrug 2007 ca. 38% des BIP. Sie wird 2008/2009 wegen zu erwartender Steuerausfälle und Mehrausgaben voraussichtlich wieder steigen.

Der IWF geht ungeachtet dessen davon aus, dass Kolumbien vergleichsweise gut gerüstet ist, um externe Schocks wie die aktuelle Finanzkrise abzufangen. Nach mehreren Jahren starken Wachstums und solider Wirtschafts- und Fiskalpolitik verfüge das Land nicht nur über vergleichsweise stabile öffentliche Finanzen. Laut IWF hat es v.a. einen gesunden Privatsektor; die meisten Unternehmen seien ausreichend mit Eigenkapital ausgestattet, verfügten über genügend Liquidität und seien dank Produktivitätssteigerungen in den vergangenen Jahren profitabler geworden. Folgt man dem Bericht „Doing Business 2009“ der Weltbankgruppe, ist Kolumbien sogar der nach Puerto Rico zweitattraktivste Standort in ganz Lateinamerika.

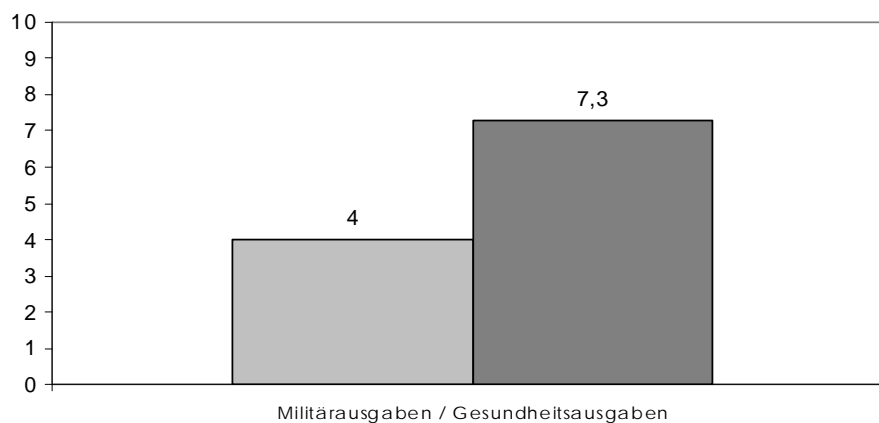
Die Regierung verfolgt - gemessen an den großangelegten Konjunkturbelebungsprogrammen anderer Länder in der Region - eine „Politik der ruhigen Hand“. Bisher beschränkte sie sich im wesentlichen auf Maßnahmen zur Anziehung ausländischen Kapitals (u.a. Abschaffung der Zwangseinlage für Portfolioinvestitionen) sowie Kredite zur Unterstützung exportorientierter Branchen und zur Belebung der Inlandsnachfrage (u.a. zur Finanzierung des Erwerbs lokal hergestellter Automobile). Im Übrigen setzt die Regierung v.a. auf die Diversifizierung der Exportmärkte und die konjunkturbelebende Wirkung ehrgeiziger Infrastrukturprojekte (hierfür sind im Haushalt 2009 3,3 Mrd. Euro

vorgesehen; insgesamt sollen in den kommenden Jahren 50 Mrd. USD öffentliche und private Mittel investiert werden). Die Zentralbank hat ihrerseits den Leitzins seit Jahresanfang von 10 auf 4% gesenkt.

Die Inflationsrate erreichte 2008 mit 7,67% zwar einen im regionalen Vergleich relativ niedrigen Stand, lag aber deutlich über der Zielvorgabe der Zentralbank. Die rückläufige Entwicklung der Konjunktur seit Anfang 2008 hat zu einer deutlichen Dämpfung der Inflation geführt. Der für 2009 festgelegte Zielkorridor von 4,5 bis 5,5% wird mit rund 3% voraussichtlich unterschritten.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kolumbien/Wirtschaft.html>

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am kolumbischen BIP/GDP in Prozent



Quellen:
SIPRI Jahrbuch 2009 (Militärausgaben); WHO, The World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben)

Tabelle 7: Absolute Auslandsverschuldung und Anteil am BIP 2004-2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Auslandsverschuldung	37910	37720	38936	44975	-
Anteil am BIP (in Prozent)	32,2	26,1	24,7	23,0	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2005)
Quelle: Weltbank, World Development Indicators

Kommentar:

Die Gefahr, dass unverhältnismäßige Militärausgaben die Entwicklung in Kolumbien beeinträchtigen besteht derzeit nicht. Dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Eine zusätzliche Steuer, die zur Finanzierung von Waffenkäufen eingesetzt wurde, hat der Regierung frisches Kapital beschafft, was angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes durchaus sinnvoller hätte eingesetzt werden können.